



Bezirksregierung Münster Regionalplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax.:0251/411-1751 eMail:geschaefsstelle@bezreg-muenster.nrw.de

Sitzungsvorlage 1/2012

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 12.12.2011

Berichterstatter: Abteilungsdirektor Gregor Lange

Bearbeiter: Regierungsdirektorin Andrea Beatrix-Hess
Tel.: 0251-411-1750
Regierungsbeschäftigte Inge Weber
Tel.: 0251-411-1755

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 19.03.2012**

Beschlussvorschlag

für die Verkehrskommission:

- Zustimmung
- Kenntnisnahme

für die Strukturkommission:

- Zustimmung
- Kenntnisnahme

für den Regionalrat:

- Zustimmung
- Kenntnisnahme

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 12.12.2011

Beginn: 09.30 Uhr

Ende: 12.20 Uhr

Anwesenheitsliste: s. Anlage 1

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Gäste Herr Generalmajor Kullack, stellvertretender Kommandierender General I. Deutsche/Niederländisches Korps; Herr Weber, Stadt Rheine und Herr Thiele, Staatskanzlei NRW, und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Regionalrates vom 26.09.2011

Der Regionalrat genehmigte die Niederschrift einstimmig.

TOP 2: Regionale Strukturpolitik Informationen zur Bundeswehrreform 2011

Der Vorsitzende ging auf die vom Bundesverteidigungsminister Ende Oktober vorgestellte Strukturreform ein, die erhebliche Auswirkungen für das ganze Land, in besonderer Weise aber für die Stadt Rheine, mit sich bringe. Zwischenzeitlich habe der Landrat Steinfurt, die Stadt Rheine, der Vorsitzende des Regionalrates sowie die Bezirksregierung Münster ein gemeinsames Schreiben an Bundesverteidigungsminister de Maiziére zur Schließung des Bundeswehrstandortes Rheine-Bentlage gesandt, das zusammen mit dem Antwortschreiben als Tischvorlage ausgelegt sei. Angesichts der besonderen Betroffenheit sei in Zusammenarbeit mit dem Kreis Steinfurt und der Stadt Rheine außerdem ein Schreiben des Regionalrates Münster an Bundesverteidigungsminister de Maiziére vorbereitet worden, das ebenfalls als Tischvorlage ausliege.

Herr Regierungspräsident ging auf die durch die Auswirkungen der Bundeswehrreform besonders stark betroffene Stadt Rheine ein. Dort bestünden bereits durch frühere Standortschließungen begründete Konversionsflächen und es habe damals die Zusage gegeben, dass die noch bestehenden Standorte Bestand haben würden. Er berichtete über die Konversionskonferenz vor einer Woche in Düsseldorf, an der Herr Staatssekretär Wolf vom Bundesverteidigungsministerium teilgenommen habe. Hierbei sei klar geäußert worden, dass an der Entscheidung nichts geändert werden solle. Eine nähere Begründung sei dabei nicht abgegeben worden, ebenso hätten über die zeitlichen Details zunächst keine weiteren Angaben gemacht werden können. Näheres könne sicherlich Herr Generalmajor Kullack berichten.

Herr Generalmajor Kullack bedankte sich für die Einladung und referierte anhand von Folien* über die Grundlagen der Neuausrichtung der Bundeswehr, ging ausführlich auf die Notwendigkeiten der Neuausrichtung ein und berichtete über deren Eckpunkte.

Da die Reformen der jüngeren Zeit nicht die gewünschten Wirkungen gezeigt hätten, sei Anfang 2010 eine Defizitanalyse in Auftrag gegeben worden. Diese habe im Ergebnis festgestellt, dass die Bundeswehr trotz mehrerer Reformschritte seit den frühen 1990er Jahren in ihren Strukturen noch immer nicht konsequent genug auf den Einsatz ausgerichtet sei. Die Auswirkungen des demographischen wie gesellschaftlichen Wandels machten die personelle Bedarfsdeckung zu einer strategische Aufgabe ersten Ranges. Außerdem müssten komplexe Einsparungen mehr als in der Vergangenheit Berücksichtigung finden und Organisationsprozesse auf die künftige Auftrags Erfüllung abgestimmt werden.

Auf Grundlage dieser komplexen Ausgangssituation sei im April 2010 eine Kommission gebildet worden, die im Oktober 2010 ihren Bericht mit innovativen Lösungsvorschlägen vorgelegt habe. Der Bundesverteidigungsminister habe die Empfehlungen aus dieser Kommission aufgegriffen und die weitere Arbeit konsequent fortgeführt. Im Mai 2011 habe er in Berlin mit den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien den politischen Rahmen für die Neuausrichtung der Bundeswehr gesetzt und die grundlegenden Ziele der Neuausrichtung erläutert.

Es sei vorgesehen, die Feinausplanungen bis zum 1. Quartal 2012 abzuschließen, der Gesamtabschluss der Neuausrichtung der Bundeswehr sei bis 2017 geplant.

*Die Folien wurden nicht zur Veröffentlichung freigegeben.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Generalmajor Kullack für die Darstellung der Grundstrukturen der Überlegungen des Bundesverteidigungsministers. Die Vertreter der Region hätten eine kritische Sicht zu diesen Entscheidungen.

Herr Weber berichtete, dass für die Stadt Rheine die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers, den Standort Rheine-Bentlage zu schließen, völlig unverständlich sei. Die im nach hinein dafür genannten Gründe seien nicht nachvollziehbar und von Fachleuten eindeutig widerlegbar. Die Stadt Rheine und der Kreis Steinfurt seien dankbar, dass sich heute noch mal die Gelegenheit biete, sich sehr intensiv mit dieser Entscheidung auseinander zu setzen und diese getroffene Fehlentscheidung in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Er schilderte die Entwicklung der Stadt Rheine in den letzten 50 Jahren. Die Umnutzung der durch die Textilkrise in den 1960er Jahren brachliegenden Flächen sei bis heute noch nicht abgeschlossen. 1978 habe die Stadt Rheine durch die Aufgabe des Dampflokdepots 1.300 Mitarbeiter der Bahn verloren, bedingt durch die Schließung von Karmann in 2009 wieder etwa 1.500 Mitarbeiter. Anfang der 1990er Jahre sei Rheine einer der größten Bundeswehrstandorte in der BRD mit 7.500 Soldaten gewesen. Im Rahmen der Umstrukturierung der Bundeswehr wurden in Rheine bis Ende der 1990er Jahre 2.000 Soldaten abgezogen, durch die Bundeswehrreform im Jahr 2000 über 3.000 Soldaten an verschiedenen Standorten der Stadt. Dies stelle für die Stadt Rheine einen enormen Verlust an Wirtschaftskraft bezogen auf die Gehälter der Soldaten und zivilen Mitarbeiter sowie entsprechender Investitionen dar.

Anhand einer Folie* stellte er dar, welche flächenmäßigen Auswirkungen die geschilderten Entwicklungen sowie der aktuell beabsichtigte Abzug von 1.900 Soldaten und zivilen Mitarbeitern für die Stadt Rheine mit sich bringen würde.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn seitens des Regionalrates ein starkes Signal zur Unterstützung der Stadt Rheine gesetzt würde.

* Folie s. Anlage 2 zur Niederschrift

Herr Thiele berichtete, dass durch die Bundeswehrreform in Nordrhein-Westfalen insgesamt fast 10.000 und damit 27 % aller Dienstposten verloren gingen. Die Auswirkungen dieser drastischen Einschnitte für das Münsterland seien erheblich, im Vergleich mit den anderen Bundesländern herrsche eine überdurchschnittliche Betroffenheit.

Nach den Kenntnissen der Landesregierung sollen die Vorgaben durch den Minister der Verteidigung im Wesentlichen bis 2017 umgesetzt werden, teilweise aber auch schon bereits bis 2015. Die jetzt anstehenden Feinausplanungen würden sicherlich noch entscheidende Erkenntnisse bringen, wie im einzelnen der Wegfall der Dienstposten und die weitere Struktur der Standorte aussehen werden. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben habe für Februar 2012 eine Konversionskonferenz angekündigt, zu der alle von der Strukturreform betroffenen Gemeinden und Länder eingeladen würden. Es sei davon auszugehen, dass anlässlich dieser Konferenz erste Details der Umsetzungsplanungen bekannt gegeben werden.

Die Landesregierung habe den Bund immer darauf hingewiesen, dass nicht ausschließlich verteidigungspolitische Perspektiven in den Blick genommen werden sollten, sondern vor allen Dingen auch die strukturpolitische Verantwortung der Bundeswehr und der Grundsatz der gerechten Lastenverteilung beachtet werden müsste.

Es müsse allerdings davon ausgegangen werden, dass die Entscheidungen nach Aussagen des Bundesverteidigungsministers unumstößlich seien.

Die Landesregierung habe deutlich gemacht, dass der Bund für die aufgegebenen oder drastisch reduzierten Bundeswehrstandorte insbesondere in strukturschwachen Regionen ein Konversionsprogramm auflegen und ausreichende finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen müsse. Aus Sicht der Länder müsse der Bund zudem eine verbilligte Abgabe der nicht mehr benötigten Bundeswehrliegenschaften ermöglichen und auch für die Sanierung möglicher Altlasten eine Sicherstellung vornehmen. Der Bund müsse zudem beim Abbau von Zivilbeschäftigten in den Regionen nach sozialverträglichen Lösungen suchen und mit angemessenen zeitlichen Übergangsfristen arbeiten. Um diesen Forderungen und den sich daraus ergebenden komplexen Fragen nachzukommen, hätten die Länder dem Bund vorgeschlagen, eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe einzurichten.

Die Landesregierung werde alles in ihren Kräften stehende tun, um den bevorstehenden Konversionsprozess vor Ort zu unterstützen und dabei mitzuhelfen, die Umstrukturierungen erfolgreich zu bewältigen. Sie werde die Interessen der betroffenen Kommunen und Regionen gegenüber der Bundesregierung mit Nachdruck vertreten.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Ausführungen und die Unterstützung seitens der Landesregierung. Für das Münsterland stehe allerdings gegenwärtig nicht die Konversion im Vordergrund, sondern die Forderung, die Entscheidung zu überdenken.

Herr Dr. Sommer machte die Unterstützung des Kreises Steinfurt und der Nachbargemeinden für die Stadt Rheine deutlich. Die Entscheidung zur Schließung des Bundeswehrstandortes Rheine-Bentlage werde sehr wohl weiterhin hinterfragt

und müsse ohne nachvollziehbare Begründung revidiert werden. Es bestehe kein Zweifel an der Notwendigkeit der Bundeswehrreform und der Schließung von Bundeswehrstandorten. Es bestünden aber unterschiedliche Meinungen über die Bewertung der Notwendigkeit, den Standort in Rheine ohne nachvollziehbare Begründung zu schließen. Die auf Nachfrage angegebenen Entscheidungskriterien Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche sprächen sehr viel mehr für den Standort Rheine als für die Standorte Laupheim und Schönewalde. Die drei genannten militärischen Gründe seien ebenfalls in keiner Weise nachvollziehbar und würden auch weiterhin hinterfragt. Die Forderung, die Entscheidung der Standortschließung in Rheine zu revidieren, werde aufrechterhalten, so lange keine nachvollziehbare und transparente Darstellung des Entscheidungsprozesses erfolgt sei.

Am 16.01.2012 werde in der Stadthalle Rheine eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt, anlässlich der auch noch mal die Argumente in Richtung Ministerium deutlich gemacht werden sollten.

Herr Streich führte aus, dass anlässlich der in den Vorbesprechungen diskutierten Prinzipien der Bundeswehrreform kein Anlass zur Sorge im Münsterland bestanden habe, da der Standort Rheine alle Kriterien erfülle. Daher sei die im Oktober bekannt gegebene Entscheidung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der in Rheine laufenden bzw. geplanten Investitionen in Höhe von 40 Mio. Euro nicht nachvollziehbar und akzeptierbar. Die FPD-Fraktion stimme dem vorliegenden Entwurf eines Schreibens an den Bundesverteidigungsminister zu, um den gemeinsamen Einsatz für den Standort und den Erhalt für die Region deutlich zu machen.

Herr Daldrup machte deutlich, dass der Einsatz des Kreises Steinfurt für den Erhalt des Standortes in Rheine seine Unterstützung finde. Bedauerlicherweise müsse man auch aus bereits früher geführten Diskussionen über Veränderungen bei der Bundeswehr feststellen, dass wichtige Gesichtspunkte für die Regionen bei der Bundeswehr eine andere Gewichtung fänden. Dies betreffe u.a. den wichtigen Aspekt von Investitionen an Standorten sowie die für die Bundeswehr eher nachgeordnete Rolle von strukturpolitischen Gesichtspunkten.

Zusammengefasst halte er es für vernünftig, sich mit guten fachlichen Argumenten gegen Standortentscheidungen zu wehren. Allerdings sei er wenig optimistisch hinsichtlich des Erfolges, die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers noch rückgängig machen zu können. Er sprach das am 11.04.2011 vom Regionalrat beschlossene Bündnis für das Münsterland mit einer Positionierung zugunsten der Standorte im Münsterland an und bedauerte, dass dies im Vorfeld der Entscheidungen nicht deutlicher thematisiert worden sei.

Sehr zu befürworten und von elementarer Bedeutung für die Flächenumnutzung sei der Einsatz und die Forderung der Landesregierung zur finanziellen und auch konzeptioneller Unterstützung seitens des Bundes. Es liege seiner Meinung nach in der wirtschaftspolitischen und sozialen Verantwortung der Bundeswehr, die nicht mehr benötigten Flächen kostenlos altlastenfrei und saniert den Kommunen zu überlassen.

Herr Kösters machte deutlich, dass die Bundeswehr in der Stadt Rheine seit mehreren Jahrzehnten immer eine große Akzeptanz und breite Unterstützung in der Bevölkerung gefunden habe. Nach den Standortschließungen in den Jahren 2000 und 2004 sei der Verbleib der Heeresflieger in Rheine zugesagt worden, dies werde

seitdem durch bauliche Investitionen untermauert. Es sei nicht akzeptabel, diese Fehlinvestitionen klaglos hinzunehmen.

Erfreulich wäre eine breit gestreute Unterstützung für das Anliegen und die Interessen der Stadt Rheine und der umliegenden Gemeinden, da letztendlich der Erhalt des Standortes die beste Lösung sei.

Herr Fehr sprach Pressemitteilungen an, wonach das Ministerium keine umfassende Analyse durchgeführt haben solle und die politischen Entscheidungen weder notwendig noch nachvollziehbar seien und bat hierzu um Stellungnahme von Herrn Generalmajor Kullack.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Entwurf eines Schreibens des Regionalrates an den Bundesverteidigungsminister nicht zustimmen, da es im Ton völlig überzogen sei. Die Bundeswehrreform und Schließungen von Standorten seien eine Frage des Auftrages der Bundeswehr und liege in der Zuständigkeit des Bundes. Falls der militärische Auftrag der Bundeswehr eine Verlagerung erfordere, sollten sich die betroffenen Regionen möglichst schnell mit den Fragen der Konversion auseinandersetzen und hierzu Hilfe einfordern. Auf den von der Bundeswehr durch Standortschließungen freiwerdenden Flächen biete sich die Möglichkeit, mit Hilfe von Konversionsmitteln Flächen zu renaturieren oder der Landwirtschaft wieder zuzuführen.

Herr Paulsen appellierte daran, die Stärken des Münsterlandes mit hervorragenden Bildungsangeboten bis hin zu Hochschulen sowie hohem Freizeit- und Erholungswert mehr hervorzuheben. Die Region sei hervorragend ausgestattet im Bereich des Technologietransfers und prädestiniert für die Kooperation zwischen Wirtschaft, Mittelstand und Akteuren wie der Bundeswehr. Angesichts der sicherheitspolitisch komplexen Herausforderung, der sich die Bundeswehr künftig stellen müsse, sei die Notwendigkeit einer Umstrukturierung nachvollziehbar. Allerdings sei nicht verständlich, wie man sich aus einer Region zurückziehen könne, die über künftig dringend benötigte, hoch qualifizierte Kräfte verfüge.

Herr Schemmer machte deutlich, dass die Standortentscheidungen noch mal offen und transparent diskutiert sowie plausibel und nachvollziehbar vorgetragen werden müssten.

Herr Dr. Sommer führte aus, dass der Kreis Steinfurt breite Unterstützung seitens anderer Parteien bei den Aktivitäten gegen die Standortschließung in Rheine-Bentlage finde. Es wäre sehr erfreulich, wenn dieses Anliegen auch heute seitens des Regionalrates eine möglichst breite Unterstützung finden könne.

Herr Eiling kritisierte, dass Herr Bundesminister de Maiziére in seinem Antwortschreiben nicht auch auf die Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft eingegangen sei. Dies sei insofern verblüffend, als die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte der Bundeswehr doch auch ganz entscheidend nicht nur von Rüstungsunternehmen, sondern auch von der Leistungskraft der örtlichen Wirtschaft abhängig sei.

Die strukturpolitischen Probleme nach einer Standortschließung seien schon aufgrund der Flächengröße durch die regionale Wirtschaft nicht kurzfristig zu lösen. Die regionale Wirtschaft könnte diese riesigen Flächen nicht in angemessener Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Schulte-Uebbing wies darauf hin, dass der Kreis Steinfurt durch zwei Entscheidungen der Bundesregierung negativ betroffen sei, und zwar durch den Truppenabzug und die Schließung der Zeche Ibbenbüren. Es stelle eine große Belastung für die Region dar, dass damit insgesamt ca. 10.000 Arbeitsplätze wegfallen. Dieser Aspekt sollte unbedingt auch mit berücksichtigt werden.

Herr Generalmajor Kullack machte deutlich klar, dass die Argumente der Bundeswehr mit großer Ernsthaftigkeit und Objektivität beraten worden seien und zu einer abgewogenen Entscheidung geführt hätten. Bei allem Verständnis für die Sorge der von Standortschließungen betroffenen Regionen sei der richtige Weg, sich jetzt nach vorne zu orientieren und nach Lösungsansätzen zu suchen. Die angesprochenen Investitionen seien auf Grundlage früherer Strukturveränderungen entschieden worden, hier handele es sich auf keinen Fall um Fehlinvestitionen. Mit den jetzt vorliegenden neuen Entscheidungsgrundlagen habe man auf die Situationsveränderung der Bundeswehr reagieren müssen.

Herr Thiele äußerte großes Verständnis für die Besorgnis der Stadt Rheine und des Kreises Steinfurt und unterstütze das Interesse nach einer objektiven Darstellung der Entscheidungskriterien.

Herr Schemmer kam auf die erwähnten Grundprinzipien Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche zurück und machte deutlich, dass der Faktor Kosten eine zentrale Rolle spiele und deshalb hierzu klare Aussagen erwartet würden.

Herr Generalmajor Kullack machte deutlich, dass bei der Entscheidungsfindung die vier angesprochenen Kriterien in einer ganzheitlichen Betrachtung gegeneinander abgewogen worden seien. Dabei sei für die Bundeswehr eindeutig der Faktor Funktionalität von entscheidender Bedeutung gewesen.

Herr Gerhardy stellte die unterschiedlichen Strukturen der politischen und militärischen Kommunikation fest und äußerte die Bitte, sich nach Möglichkeit für entsprechende Erklärungen des Bundesverteidigungsministers einzusetzen.

Herr Dr. Sommer wies darauf hin, dass seitens der betroffenen Region nach wie vor Zweifel an der Entscheidung bestehe und weiterhin Erklärungsbedarf vorhanden sei.

Herr Regierungspräsident machte deutlich, dass die Integrität des Entscheidungsprozesses nicht in Frage gestellt werde, allerdings sei auch die Sorge und Beunruhigung der Region sowie der Wunsch nach einer ausführlichen Erklärung nachvollziehbar.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 60/2011 zur Kenntnis und bedankte sich für die Vorträge von Herrn Generalmajor Kullack, Herrn Weber, Stadt Rheine und Herrn Thiele, Staatskanzlei NRW.

Der Regionalrat stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden des Regionalrates, ein Schreiben des Regionalrates Münster an Bundesverteidigungsminister de Maizière zur Schließung des Bundeswehrstandortes in Rheine-Bentlage zu übersenden, bei zwei Gegenstimmen zu.

TOP 3: Regionale Strukturpolitik**I. Clusterentwicklung****a) Wettbewerbsergebnisse****b) Evaluierung der Wettbewerbsverfahren****c) Sonderwettbewerb****II. Münsterland**

Herr Regierungspräsident berichtete auf Nachfrage **des Vorsitzenden**, das die vom Präsidium der Münsterlandkonferenz einberufene Arbeitsgruppe für eine Positionierung des Münsterlandes im Hinblick auf die EU-Förderphase 2014-2020 am 13.12.2011 zum ersten Mal tagen werde.

Herr Daldrup stellte bedauernd fest, dass die Gewerkschaften in dieser Arbeitsgruppe nicht vertreten seien und schlug vor, in dieser Arbeitsgruppe als Ergebnis der unter TOP 2 geführten Debatten die Fragen der Perspektive des Standortes Rheine noch mal ausdrücklich zu thematisieren.

Der Vorsitzende stellte fest, dass dieses Thema aufgrund seiner Bedeutung sicherlich auch weiterhin im Focus stehen müsse. Er schlug vor, Herrn Regierungspräsidenten entscheiden zu lassen, ob dies in der o.a. Arbeitsgruppe vertieft werden sollte oder eine gesonderte Arbeitsgruppe eingerichtet werden sollte.

Herr Paulsen regte an, in diesen Kontext auch die Schließung des Bergwerkes Ibbenbüren im Zusammenhang mit der Sicherung von Fachkräften mit einzubeziehen.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 59/2011 zur Kenntnis.

**TOP 4: Fortschreibung Regionalplan Münsterland
Sachstand und weiteres Verfahren, insbesondere zur Erarbeitung
des "Sachlichen Teilabschnitts Energie"**

Herr Lange gab einen Überblick über den derzeitigen Verfahrensstand der Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland und schilderte die Schwerpunkte der Arbeiten in der Regionalplanungsbehörde. Z.Zt. laufe die Auswertungsphase der von insgesamt 5.100 privaten Einwendern und 231 Verfahrensbeteiligten eingegangenen Anregungen und Bedenken. Diese teilweise sehr umfangreichen Stellungnahmen würden nach bestimmten Merkmalen aufgesplittet. Insbesondere die Erfassung aller Flurstücke der privaten Einwender stelle einen besonders hohen Arbeitsaufwand dar.

Herr Lange ging auf den sachlichen Teilabschnitt Energie ein und berichtete über die bereits durchgeführten Informationsgespräche und Veranstaltungen bei den Kreisen sowie anderen Institutionen.

Für das Planwerk sei die Berücksichtigung von Vorgaben der Landesplanung unbedingt erforderlich. Daher stehe die Regionalplanungsbehörde in engem Kontakt mit der Landesplanungsbehörde bezüglich der Erarbeitung des neuen Landesentwicklungsplanes. Der entsprechende Kabinettsbeschluss zur Erarbeitung werde voraussichtlich bis Februar 2012 vorliegen.

Eine vom LANUV in Auftrag gegebene Potentialstudie zur erneuerbaren Energien in NRW als Grundlage für die zeichnerische Darstellung des sachlichen Teilabschnitts Energie werde voraussichtlich im Mai 2012 vorliegen.

Des Weiteren sei der voraussichtlich im Laufe des Jahres 2012 aufgestellte Klimaschutzplan NRW zu berücksichtigen.

Bei den weiteren Planungen sei ebenfalls die Einführung eines neuen Planzeichens Windenergiebereiche in der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz zu berücksichtigen. Die Regionalplanungsbehörde berate die Kommunen in diesem Bereich dahingehend, dass bereits jetzt die Möglichkeit zur Vergabe von Gutachten bestehe und zu beraten sei, unter welchen Kriterien und Möglichkeiten innerhalb der Kommunen die Windkraft weiterhin betrachtet werden soll.

In der nächsten Sitzung der Planungskommission werde detailliert über den Sachstand berichtet.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Information und regte aufgrund der Wichtigkeit dieser Thematik an, den Kommunen für die Übergangszeit eine schriftliche Handlungsempfehlung zum Ausbau der Windenergienutzung zur Verfügung zu stellen.

Herr Schemmer unterstützte diesen Vorschlag und stellte fest, dass anlässlich der Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland unbedingt auch die Frage von BSN-Neuweisungen näher diskutiert werden müsse.

Herr Fehr stellte fest, dass noch viele Unsicherheiten hinsichtlich der Kriterien und Möglichkeiten zum zukünftigen Ausbau der Windenergienutzung bestünden. Dieses Thema sollte ebenfalls in der Planungskommission noch weiter vertieft werden.

Herr Schulze-Esking machte deutlich, dass die im Beteiligungsverfahren eingegangenen zahlreichen Einwänden aus dem Bereich der Landwirtschaft aus der Sorge um die uneingeschränkte Weiterbewirtschaftung der Betriebe erfolgt seien.

Herr Daldrup machte darauf aufmerksam, dass die Regionalplanungsbehörde keine Absicht habe, die Möglichkeiten wirtschaftlicher vernünftiger Landwirtschaft zu beeinträchtigen.

Frau Lammers merkte an, dass die geäußerten Bedenken der Landwirte aufgrund nicht eindeutiger Formulierungen im Entwurf des fortzuschreibenden Regionalplanes nachvollziehbar seien.

Frau Regierungsvizepräsidentin machte deutlich, dass die Regionalplanungsbehörde die nunmehr mögliche breite Öffentlichkeitsbeteiligung sehr begrüße, alle eingegangenen Einwände ernst nehme und diese auch bereits beantwortet habe.

Sie bestätigte auf Nachfrage von **Herrn Fehr**, dass weiterhin unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zur Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens bestehe.

Die bei der Bezirksregierung Münster eingerichtete „Projektgruppe Erneuerbare Energien“ fokussierte sich im Moment auf die Bereiche Windenergie, Photovoltaikanlagen und Biogasanlagen. In der nächsten Sitzung der Planungskommission werde dazu ein ausführlicher Bericht erfolgen.

Der Regionalrat nahm den mündlichen Vortrag zur Kenntnis.

TOP 5: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2012 für die Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 61/2011 zur Kenntnis.

TOP 6: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2012 für den Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. Euro Gesamtkosten: Entscheidung über die Priorisierung

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 62/2011 einstimmig zu.

TOP 7: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2012 für den Radwegebau an bestehenden Landesstraßen: Entscheidung über die Priorisierung

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 63/2011 einstimmig zu.

TOP 8: Nachtrag zum Jahresförderprogramm 2011 - Kommunalen Straßen- und Radwegebau

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 64/2011 einstimmig zu.

TOP 9: Altlastenförderung 2012 - Unterrichtung und Beratung über die für eine Förderung im Jahr 2012 angemeldeten Vorhaben zur Gefährdungsabschätzung, Untersuchung und Sanierung von Altstandorten und Altablagerungen

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 65/2011 einstimmig zu.

**TOP 10: Städtebauförderung
Vorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2012
Information über den Sachstand**

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 66/2011 zur Kenntnis.

**TOP 11: Neustrukturierung des ländlichen Wegenetzes
Vorstellung von Möglichkeiten für eine Konzepterstellung sowie
Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen von Flurbereinigungs-
verfahren**

Herr Nießen berichtete, dass es in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Kreis Höxter verschiedene Bestrebungen gebe, das ländliche Wegenetz neu zu strukturieren. Es sei beabsichtigt, damit verschiedene Aspekte gleichzeitig zu bearbeiten. Diese bestünden zum einen in der Begleitung des Strukturwandels in der Landwirtschaft, andererseits in einer Entlastung der Kommunen von den hohen Unterhaltslasten durch das bestehende Wegenetz. Die erheblich gestiegenen Bedarfe durch die Landwirtschaft durch immer größere Maschinen und auch Lieferverkehre erforderten eine Neustrukturierung dieses ländlichen Wegenetzes. Es biete sich an, diesen notwendigen Strukturwandel durch Bodenordnungsverfahren zu begleiten.

Der Regionalrat nahm die mündliche Information zur Kenntnis und beschloss, das Thema ausführlich in der nächsten Sitzung der Strukturkommission zu beraten.

TOP 12: Verschiedenes

- a) **Sitzungstermine des Regionalrates Münster 2012**
- **Informationsfahrt des Regionalrates in 2012**
Terminvorschlag: 27. Juni 2012

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 68/2011 mit den Terminen des Regionalrates und der Kommissionen in 2012 sowie einer Informationsfahrt am 27.06.2012 zur Kenntnis. Der Termin der Planungskommission Münsterland am 29.02.2012 wird noch kurzfristig verlegt.

- b) **Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
30.11.2011**
"Nothaushalte in den Kommunen des Münsterlandes"

Auf Nachfrage von **Herrn Fehr** bat **Herr Regierungspräsident** um Verständnis, dass eine Beantwortung der zweiten Frage nicht erfolgt sei, da dies nur anhand eines umfangreichen Gutachtens möglich wäre.

Der Regionalrat nahm die Tischvorlage zur Kenntnis.

Frau Tanjek sprach die B67, Abfahrt B 70 an und erkundigte sich, welche Baumaßnahmen dort z.Z. durchgeführt würden. Die Bezirksregierung sagte zu, dies im bilateralen Gespräch zu klären.

Der Vorsitzende bedankte sich ganz herzlich bei der Bezirksregierung Münster sowie allen Mitgliedern des Regionalrates für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr und wünschte allen ein frohes Weihnachtsfest.

Herr Regierungspräsident bedankte sich für den freundlichen Empfang anlässlich seiner ersten Teilnahme an einer Sitzung des Regionalrates. Er freue sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit, lud herzlich zu einem Imbiss im Foyer ein und wünschte allen eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachtstage und alles Gute für das neue Jahr.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 12.20 Uhr.

The image shows two handwritten signatures in black ink. The first signature is 'E. Rein' and the second is 'Udo RiW'. Both are written in a cursive, flowing style.

Der Vorsitzende

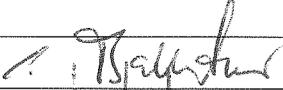
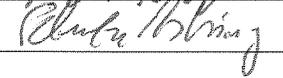
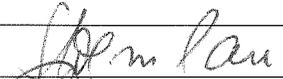
Stellvertreter

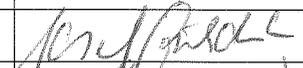
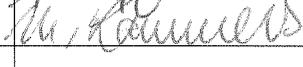
Protokollführer

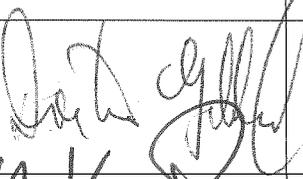
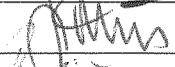
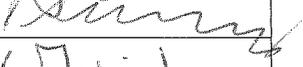
Anwesenheitsliste
für die Sitzung des Regionalrates Münster
am 12. Dezember 2011

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 12.20

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Ballenthin, Eckart		x	
Weber, Stefan		x	
Daldrup, Bernhard		x	
Tanjsek, Gerti		x	
Fehr, Helmut			
Schulze Esking, Werner		x	
Hild, Karl-Wilhelm			
Stremlau, Lisa		x	
Nospickel, Ansgar			x
Kösters, Karl		x	
Paulsen, Friedrich		x	
Schemmer MdL, Bernhard		x	
Gerhardy, Martin		x	
Rauen, Engelbert		+	
Reiter, Udo		x	
Streich, Hans-Jürgen		x	
Tarner, Hedwig		x	

Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Eiling, Hermann		X	
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich			
Dr. Harengerd, Michael			
Dr. Hülsdünker, Josef		X	
Lammers, Marianne		X	
Leuteritz, Erika			
Hemsing, Andreas			
Rittermeier, Heinz		X	
Schmal, Ferdi		X	

Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Dieter Gebhard		X	
Oberbürgermeister Münster			
Landrat Borken GROTHUES			
Landrat Coesfeld			
Landrat Steinfurt			
Landrat Warendorf	